



# uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG . 29 OLDENBURG . POSTFACH 943 . TEL.: 51064 . TELEX-NR. 25655 UNOL D . REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF . MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER . NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÖCKSPRACHE MIT DER REDAKTION . (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÖHRT).

25. November  
27/76

## Grundsatzdebatte über ELAB im Senat Nüchterne Einschätzung der weiteren Entwicklung des Modellversuchs

Die erste Grundsatzdebatte, die der Senat der Universität seit mehr als zwei Jahren über den Modellversuch Einphasige Lehrerausbildung (ELAB) führte, machte deutlich, daß bei den meisten Beteiligten die Euphorie der Anfangszeit einem nüchternen Pragmatismus Platz gemacht hat. Zu viele äußere und interne Probleme und Schwierigkeiten haben sich bei der Realisierung ergeben, als daß noch der Anspruch, die ELAB als Alternativmodell zur traditionellen Lehrerausbildung zu werten, aufrechterhalten werden könnte.

Insgesamt mehr als zehn Stunden auf zwei Tage verteilt dauerte dieser von allen Seiten gewünschte Informationsaustausch zwischen den "Praktikern" und den "Theoretikern" der ELAB, an dem sich die Gemeinsame Kommission für Lehrerausbildung (GKL), das Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) sowie zahlreiche weitere Lehrende und Studenten beteiligten.

Detlev Spindler, Leiter des ZpB, benannte zunächst die inzwischen gewährleisteten formalen Rahmenbedingungen für die ELAB (das uni-info berichtete bereits mehrfach darüber):

- Sicherung der Finanzierung bis 1979;
- Schaffung der beamtenrechtlichen Voraussetzungen für ELAB-Absolventen;
- Zusage von 185 - ab 1.8.77: 230 - Kontaktlehrern.

Diesen erfreulichen Aspekten stellte Professor Günther Roth drei gravierenden internen Problemkomplexe gegenüber:

- nur partielle Realisierung der Verzahnung des Erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen (EG-)Bereichs im ersten Studienabschnitt (StA mit der praktischen Ausbildung in den folgenden Semestern;

- bedenkliche Zurücknahme der ursprünglich hohen wissenschaftlichen Ansprüche in der Projektarbeit ("Forschen und Lernen");

- Gefährdung des gesamten Reformprojekts durch mangelhafte Praxis: die Projekte seien nicht in der Lage, die Praxisanteile effektiv zu betreuen. Diese Themenbereiche standen im Mittelpunkt der allgemeinen Aussprache. Vor allem die Trennung von Theorie und Praxis wurde bedauert, die durch die von verschiedenen Faktoren begünstigte Tendenz, die Praxisanteile möglichst insgesamt in den dritten StA zu verlagern verstärkt werde. Da sich gleichzeitig

die EG-Anteile stark auf den ersten StA konzentrierten, könne man - überspitzt - von einem Rückgriff auf lange totgeglaubte Studienkonzeptionen - studium generale am Anfang, gefolgt von Fachstudium und zuletzt die Praxisphase - sprechen. Damit habe man faktisch wieder die Zweiphasigkeit, zwar in einigen nicht unwesentlichen Bereichen verbessert, aber verbunden mit einer erheblichen Mehrbelastung insbesondere der Lehrenden, die der Leiter des Prüfungsamtes, Herbert Hasler, statistisch nachwies.

Die erwähnte Zurückschraubung der anfänglichen Ansprüche an die ELAB müsse im Zusammenhang mit den tiefgreifenden Veränderungen sowohl der allgemeinen bildungspolitischen Landschaft als auch der Lage an der Universität selbst gesehen werden. Das "Modell" reduziere sich so praktisch auf eine Minimierung der Ausbildungskosten bei gleichzeitiger Verbesserung der Praxis-

anteile. Zum anderen habe sich der Versuch, von der Universität aus die Schule zu verändern, in Wirklichkeit ins Gegenteil verkehrt (ein Indiz dafür ist die Frage der Dienst- und Fachaufsicht). Als besonders bedenklich wurde angesehen, daß die Berufschancen der ELAB-Absolventen auf dem ohnehin "überfüllten" Arbeitsmarkt aufgrund der politischen Vorbehalte seitens der Schulbehörden gegenüber der ELAB mit Sicherheit nicht die besten seien.

Dennoch war man sich im Senat darüber einig, daß die Schwierigkeiten in der ELAB zum Teil auf veränderbare Bedingungen innerhalb und außerhalb der Hochschule zurückzuführen seien. In diesem Sinne wurde eine Reihe konkreter Einzelprobleme diskutiert und z.T. Beschlüsse dazu gefaßt. Die Probleme, die sich aus der eventuell neu zu regelnden Dauer der drei Studienabschnitte und insbesondere aus der jetzt akuten werdenden inhaltlichen Gestaltung des dritten Studienabschnittes ergeben, sollen gesondert auf der nächsten Senatssitzung behandelt werden.

Im Zusammenhang mit der Zunahme der Praxisanteile bzw. der Durchführung

Fortsetzung Seite 3

### Wochenendseminar über Kernenergie

Das Projekt "Alternative Technologien der Rohstoff- und Energieproduktion" veranstaltet am 4.12.76 von 15-19 Uhr und am 5.12.76 von 11-19 Uhr im AVZ ein Wochenendseminar zu Fragen der Kernenergie, an dem auch Nicht-Naturwissenschaftler teilnehmen können. Wie einer der Initiatoren, Professor Joachim Luther, dazu erklärte, hoffe man, daß sich auch nichtwissenschaftliche Mitarbeiter an dem Seminar beteiligen. Das Seminar soll die Teilnehmer in die Lage versetzen, sich an der immer heftiger geführten Diskussion um die Nutzung der Kernenergie mit Fachkenntnissen beteiligen zu können. In Refe-

raten und Diskussionen sollen Themenkreise zu physikalischen Grundlagen der Kernenergie, biologische Schäden durch radioaktive Strahlung, Funktion und Gefahren beim Betrieb von Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen, der Endlagerung radioaktiven Mülls, die Umweltbelastung durch den Betrieb kerntechnischer Anlagen sowie alternative Energietechnologien behandelt werden.

Interessenten an diesem Seminar sind aufgerufen, weitere Themenvorschläge sowie eine Anmeldung in der Geschäftsstelle des Fachbereichs IV abzugeben.



## «Ich bin ganz verwirrt von den vielen Informationen»

"Ich bin ganz verwirrt von diesen vielen Informationen!" "Zu wenig Informationsunterlagen und konkrete Angaben zu den Studieninhalten!". "Die Fachschaften geben sich wirklich Mühe mit der Beratung!" "Mir hat diese Orientierungswoche viele nützliche Informationen gebracht!" - Solche oder ähnliche unterschiedlichen Meinungsäußerungen über die Orientierungswoche im Wintersemester 1975/76 zeigen zweierlei: Einmal ist es den einzelnen Studiengängen in sehr unterschiedlicher Weise gelungen, das allgemeine Ziel der Orientierungswoche zu verwirklichen - nämlich: die Studienanfänger über die wichtigsten allgemeinen und studienfachspezifischen Studienbedingungen und Studieninhalte zu informieren und ihnen bei der Veranstaltungsauswahl und der Zusammenstellung des Stundenplans zu helfen. Zum anderen konnten viele Fragen, die während der Studieneingangsberatung offen blieben, in den Beratungen der Fachschaften geklärt werden, die in diesem Jahr an mehreren Terminen angeboten wurden. Das insgesamt positive Ergebnis dieser Fachschaftsberatung verweist auf die Notwendigkeit, neben den offiziellen Studieneingangsberatungen in der Orientierungswoche Parallelberatungen in kleineren Gruppen zu organisieren. Eine Auswertung der Orientierungswoche durch die zentrale Studienberatung zeigt folgendes Bild: Von den insgesamt durchgeführten 22 Studieneingangsberatungen wurden 4 mit ausgezeichnet, 10 mit gelungen, 5 mit ausreichend und 3 mit mangelhaft bewertet (es wurden hier bei nur die Plenums- nicht aber die an-

schließenden Gruppensitzungen bewertet). Bei den sicherlich sehr subjektiven Beurteilungsmaßstäben wurden vor allem folgende Punkte bewertet: Vorbereitung und aktive Teilnahme der Studienkommission und der Lehrenden, Eingehen auf die konkreten Fragestellungen und Bedürfnisse (z. B. Aufstellung eines Stundenplans) der Studenten, Darstellung der wichtigsten Gebiete in möglichst umfassender und doch verständlicher Weise, Verteilung von schriftlichen Informationsmaterialien, Diskussionsbeteiligung. Ein Hauptkritikpunkt bei vielen Studieneingangsberatungen war die Beobachtung, daß die Studieneingangsberatung relativ unsystematisch strukturiert war, wesentliche Gebiete kaum angeschnitten wurden und dafür für Studienanfänger relativ unwichtige Gebiete zu langatmig und umständlich dargestellt wurden. Häufig mußte man sich fragen, ob die jeweiligen Referenten, die den Studiengang vorstellten, sich über die Vorkenntnisse und Erwartungen der Studienanfänger im Klaren waren. Eine Informationsüberfütterung von Daten und Einzelinformationen, die besser in schriftlicher Form vorher hätte verteilt werden können, erwies sich dabei genauso nachteilig wie eine abgehobene Diskussion über Einzelprobleme (z. B. Frage der Leistungsnachweise), die von der Mehrheit der Studienanfänger nicht nachvollzogen werden konnte. Allein der häufige Gebrauch von unbekanntem Abkürzungen, von Fach- und Fremdwörtern, die nicht näher erläutert wurden, bildeten häufige Verständnisbarrieren. Ver-

stärkt wurden die Verständnisschwierigkeiten zusätzlich dann noch, wenn zu gleicher oder ähnlichen Problemen unterschiedliche Auffassungen vertreten wurden, ohne dabei anzugeben, ob es sich hierbei um mehr oder weniger unverbindliche persönliche Auffassungen oder um Beschlüsse handelt, die von den Studienkommissionen oder Fachbereichen verabschiedet worden sind. Dies gilt besonders hinsichtlich der Anzahl der Semesterwochenstunden und der Art der Projekte, die im ersten Studienabschnitt belegt werden sollen und welche Gegenstandsbereiche und Studieninhalte für Anfänger besonders empfohlen werden.

Auf der anderen Seite war zu beobachten, daß trotz des Fehlens von endgültig genehmigten Prüfungs- und Studienordnungen, die Studenten ziemlich genau über die allgemeinen Reformelemente der Einphasigen Lehrerausbildung und des Projektstudiums wie auch über die fachspezifischen Studienbedingungen und Studieninhalte informiert wurden. Mit Hilfe dieser Hinweise, die durch schriftliche Informationsunterlagen ergänzt wurden, war es den Studenten dann möglich, einen Stundenplan zu erstellen, der einerseits den voraussehbaren Prüfungsbestimmungen und den allgemeinen Strukturprinzipien des jeweiligen Studienganges entsprach, andererseits aber auch die individuellen Neigungen und Interessenschwerpunkte berücksichtigte. Und dieses Problem: "Wie stelle ich am besten meinen Stundenplan zusammen?" stand in den meisten Fällen im Mittelpunkt des Beratungsinteresses des Studenten. Gerhard Lotze (Zentrale Studienberatung)

## Die Einphasige Lehrerausbildung und die Deutsche Bundesbahn

Als ein Ergebnis der gemeinsamen Sitzung (fast) aller Studienkommissionen des FB III vom 10.11.76 kann der nachfolgende Antrag gewertet werden, der allerdings wegen abrupten Abbruchs der Sitzung nicht mehr ins Plenum eingebracht, geschweige denn vollinhaltlich diskutiert werden konnte. Die Vertreter der ELAB an der Universität Oldenburg beantragen bei der Deutschen Bundesbahn die Bereitstellung von Sonderzügen; sie sollen vor allem im Rahmen des 3. Studienabschnittes eingesetzt werden, damit sowohl Lehrende als auch Studenten die mitunter weiten Anmarschwege zu ihren Praxisorten besser bewältigen können. Angefordert werden in diesem Zusammenhang nicht nur Schlaf- und Speisewagen (wobei deren praktische Funktion noch zu klären sein wird), sondern auch Salonwaggons für die fachwissenschaftlich (im engeren Sinne) Lehrenden, bauliche Umgestaltung der ehemaligen Post- und Paketbeförderungsab-

teile für die Fachdidaktiker, Verbreiterung der Trittbretter zur Beförderung der Studenten (damit sie sich einmal richtig den Wind um die Nase wehen lassen können). Ferner könnten Güterwagen die bisher nicht ausgepackten Bücherpakete in der Erwerbungsabteilung der Bibliothek aufnehmen und damit Platz für die rollenden standing-order-Eingänge schaffen. Böswillige Uni-Angehörige behaupten allerdings, daß damit das einphasige Ausbildungsmodell zweigleisig würde. Hierzu ist jedoch zu sagen, daß damit doch wohl die nicht wegzudiskutierende zweigleisige Technik der Eisenbahn etwas überstrapaziert wird. Gegenüber dieser an der Sache völlig vorbeigehenden Kritik sollten die positiven Aspekte des Antrages stärker herausgestrichen werden. - Die Universität kommt in's Rollen, sie wird zwangsläufig mobil. - Die Universität verläßt die Enge ihres Campus, sie "er-fährt" prak-

tische gesellschaftliche Realität - jedenfalls soweit die DB-Stränge reichen.

- Die Bundesbahn erhält mehr Zulauf, sie braucht sich um ihr Defizit und um Streckenstilllegungen nicht mehr zu kümmern.

- Die Universität Oldenburg kann sich des Verdienstes rühmen, mit einer weiteren gesellschaftlichen Einrichtung einen Kooperationsvertrag einzugehen; zum interdisziplinären Lehr-, Lern- und Forschungsansatz kommt (erstmalig in dieser Form) ein intertechnischer hinzu.

- Die Universität hilft mit diesem Antrag, Arbeitsplätze im Nordwest-Raum zu erhalten.

Der Antragsteller gibt ferner zu bedenken, ob das oben vorgeschlagene Modell nicht auch auf die Binnen- und Küstenschifffahrt, die sich derzeit in einer tiefer Strukturkrise befinden, übertragen werden könnte, ja, müßte. Dieter Nilse

## Pressestelle von der Landesregierung angegriffen

In aller Schärfe hat sich die Universität Oldenburg gegen Angriffe der Landesregierung verwahrt, die der Pressestelle vorwirft, sie berichte nicht immer ausgewogen in ihren Publikationen. In einer Stellungnahme dazu heißt es, die Universität müsse darin den Versuch sehen, das Recht auf Kritik, das bisher für eine Körperschaft öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung selbstverständlich sei, zu unterbinden. Damit sei auch die Freiheit von Forschung und Lehre tangiert.

Wie bereits berichtet, hatten die beiden Oldenburger CDU-Abgeordneten Josef Dierkes und Dr. Heinrich Niewerth von der Landesregierung u.a. in einer Kleinen Anfrage wissen wollen, wie sie die Tätigkeit der Pressestelle der Universität Oldenburg werte und wie sie insbesondere drei Artikel im uni-info 18/76 beurteile - u.a. den Artikel mit der Überschrift "Rohrkrepierer des Finanzministers". Dazu erklärte die Landesregierung, so-

weit Artikel mit reißerischen Überschriften nach Art von Boulevard-Blättern versehen seien, spreche dies für sich selbst. Soweit in ihnen über die reine Nachrichtenvermittlung hinaus Voreingenommenheit gegen die Landesregierung zum Ausdruck komme und gefördert werde, laufe die Pressestelle Gefahr, ihre Aufgabe zu verfehlen. Die Universität widersprach in einer Stellungnahme der Landesregierung und erklärte, der Artikel "Rohrkrepierer des Finanzministers" trage sicherlich eine wertende und auch drastische Überschrift, die aber in der Sache den Tatbestand richtig beschreibe - nämlich daß eine völlig unzureichend vorbereitete und vorschnell getroffene Maßnahme des Finanzministers fehlgeschlagen und politisch auf ihn zurückgeschlagen sei. Diese Bewertung ebenso wie ihre konkrete Formulierung stehe nicht außer Verhältnis zu dem ungewöhnlichen und kaum verständlichen Vorgehen des Finanzministers, der an dieser Entscheidung nicht einmal den zuständigen Wissenschaftsminister beteiligt habe. Die Landesregierung verwechselte hier offensichtlich bewußt Voreingenommenheit mit Kritik. Weiter stellte die Universität fest, daß es nicht zuletzt ihrer scharfen Kritik an der Landesregierung, die eine breite Öffentlichkeit mobilisiert habe, zu verdanken sei, daß die Universität heute zumindest in einem Maße ausgebaut werde, daß weitergehende und ursprünglich angestrebte Ausbauplanungen möglich seien. gh

## Grundsatzdebatte ELAB

Fortsetzung von Seite 1

der unterrichtspraktischen Phase im dritten StA steht die Zustimmung des Senats zu den Stellungnahmen der Gemeinsamen Kommission für Lehrerausbildung und des Kontaktlehrerplenums zur Frage der Dienst- und Fachaufsicht. Hierin wird zwar prinzipiell die staatliche Schulaufsicht über den im Rahmen berufspraktischer Vorhaben durchgeführten Unterricht akzeptiert. Ihre Ausweitung auf Vorbereitungs- und Auswertungsgespräche zwischen Kontaktlehrern, Studenten und Lehrenden der Universität wird jedoch abgelehnt.

Durch die Einsetzung zweier fachbereichsübergreifender Studienkommissionen (je 4 Hochschullehrer, 4 Wissenschaftliche Mitarbeiter, 8 Studenten) für

- Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaft und

- Sachunterricht (Primarstufe) soll eine wirksame Koordination an der Ausbildung beteiligten Fachbereiche sichergestellt werden. Ebenfalls von Relevanz für den EG-Bereich ist, daß der Senat den Entwurf einer Studienordnung für EG als Teil der Rahmenordnung für die Lehrerausbildung sowie den Anhang zur Allgemeinen Prüfungsordnung, das Prüfungsgebiet EG betreffend, zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Schließlich wurden Regelungen für anrechenbare studienbegleitende Leistungsnachweise in EG sowie für Fachwissenschaft und Fachdidaktik gegen die Stimmen der studentischen Mitglieder gebilligt; letztere hatten sich gegen die, von der Prüfungsordnung verlangte, Benotung dieser "Scheine" gewandt. Gleichermaßen wurde eine uniinterne Verfahrensregelung für den Erwerb dieser Leistungsnachweise beschlossen. jb

## NQ-Projekt

Die erste Sitzung der Projektgruppe des NQ-Projekts (Qualifikation nebenberuflicher Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung) hat am 12. November 76 in der Geschäftsstelle des Projekts, Ammerländer Heerstr. 166, stattgefunden. Zur Projektgruppe gehören vor allem die Fachvertreter der Spitzenverbände und Dachorganisationen, die in der BRD Erwachsenenbildung betreiben, also neben dem Deutschen Volkshochschulverband auch DGB, kirchliche Erwachsenenbildung, Wirtschaftsorganisationen u.a. Die Universität Oldenburg wird durch Ina Grieb (KWW) vertreten. Zum Vorsitzenden der Projektgruppe wurde inzwischen vom Vorstand des Arbeitskreises Universitäre Erwachsenenbildung (AUE), Professor Hans-Dietrich Raapke, Erziehungswissenschaftler im FB I, gewählt.

## Ausschreibung

Fachbereich I, 1/2 Tutorenstelle im Projekt 29 "Sportliche Bewegungen". Bewerbungen bis 2.12.76, 12 Uhr, Geschäftsstelle des FB I (B 004).

## Formulare abholen

"Aus Gründen der Zweckmäßigkeit" werden, wie das Studentenwerk mitteilt, den Studierenden keine Formulare für Wiederholungsanträge mehr zugeschickt. Studenten müssen sich die Formulare rechtzeitig beim Studentenwerk (auch außerhalb der regulären Sprechzeiten der Förderungsabteilung) bzw. AstA-Büro selbst abholen. Wie das Studentenwerk weiter erklärt, ist eine Weiterzahlung der Förderungsbeträge ohne Unterbrechung nur dann gewährleistet, wenn der Wiederholungsantrag im wesentlichen vollständig zwei Monate vor Ablauf des vorherigen Bewilligungszeitraums beim Studentenwerk gestellt worden ist und die erforderlichen Nachweise beigelegt sind.

## Appell zur politischen Fairneß wiederholt

Gegenüber dem Votum für politische Fairneß und offene Diskussion, das die Hochschullehrer der Liste "Demokratische Hochschule" abgegeben haben, versucht der BdWi-Arbeitskreis Politische Ökonomie im uni-info 25/76 die "Steckbrief"-Kampagne gegen Professor Dr. Joist Grolle zu beschönigen. Die dabei vorgebrachte Behauptung, ein solcher "Steckbrief" gegen einen politischen Andersdenkenden sei nur etwas "Formelles", ist falsch und gefährlich. Form und Inhalt lassen sich in der politischen Auseinandersetzung nicht trennen. Alle betroffenen Gruppen in der Universität sollten sich ernstlich überlegen, was sich alles

als nur "formell" ausgeben ließe, wenn man dieser Tendenz aus dem BdWi folgt, die "formelle" Kriminalisierung der politischen Auffassung anderer zu rechtfertigen. Da wir jede pauschale Kriminalisierung politischer Meinungen prinzipiell ablehnen, verurteilen wir auch die "Steckbrief"-Kampagne gegen Professor Grolle weiterhin strikt. Wir wiederholen unseren Appell an alle Hochschulgruppen und -mitglieder derartige Tendenzen zur Vergiftung der politischen Atmosphäre abzuwehren. Liste Demokratische Hochschule Wolfgang Schulenberg Jost von Maydell



## Offener Brief zur Ausbürgerung Biermanns aus der DDR

In einem Offenen Brief an die Ständige Vertretung der DDR in der BRD drücken die Rektoren und Präsidenten von sieben westdeutschen Hochschulen und der Technischen Universität Berlin ihr Bedauern über die Ausbürgerung Biermanns aus. Der Brief, der auf eine Initiative des Rektorats der Universität Oldenburg zurückgeht, hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Dr. Kohl, die Rektoren und Präsidenten der Universitäten Bremen, Oldenburg, Osnabrück, der Technischen Universität Berlin, der Gesamthochschule Kassel, der Pädagogischen Hochschule Ruhr und der Fachhochschulen Frankfurt und Hamburg bedauern zutiefst die von Ihrer Regierung verfügte Ausbürgerung des Autors und Liedermachers Wolf Biermann. Diese Entscheidung Ihrer Regierung bedeutet den Bruch eines gegebenen Versprechens und steht im Widerspruch zu der von der DDR in den Vereinten Nationen

vertretenen Forderung nach Verurteilung, der von faschistischen Regimes geübten Praxis der Ausbürgerung von unliebsamen Bürgern.

Schwerer wiegt, daß die Regierung der DDR mit ihrer Maßnahme einen überzeugten Sozialisten dazu zwingt, in einer Gesellschaft zu leben, deren System er ablehnt. Gerade weil wir der in unserem Lande geübten Praxis der Berufsverbote kritisch gegenüberstehen, treten wir der Ausbürgerung Biermanns mit Nachdruck entgegen. Besonders verhängnisvoll erscheint uns dieser Schritt Ihrer

Regierung, weil er Kräfte in der BRD stärken kann, die gegen Entspannung und gesellschaftlichen Fortschritt auftreten.

Wir appellieren daher an die Regierung der DDR: Garantieren Sie Wolf Biermann freie Rückkehr und geben Sie ihm uneingeschränkte Berufs- und Arbeitsmöglichkeiten!

Dahlheimer (Hamburg), Horstmann (Osnabrück), Krüger (Oldenburg), Schridde (Dortmund), Steinberg (Bremen), Uthoff (Frankfurt), von Weizsäcker (Kassel), Wittkowsky (Berlin).

## Projekt will Pläne veröffentlichen

Das Projekt Haarenniederung hat angekündigt, es werde demnächst detailliert seine Vorstellungen zur den Bebauungsplänen der Stadt für den Standort Uhlhornsweg veröffentlichen. Wie bereits berichtet, war das Projekt, das abweichend von der Universität eine eigene Stellungnahme gegenüber der Stadt abgegeben hatte, ohne die Gremien zu unterrichten, scharf vom Senat kritisiert worden (s. uni-info 26/76). Zu dem dazu verfaßten Artikel bemerkt der Planer Alexander Kleinloh (Abteilung Planung und Statistik):

1. In dem genannten Artikel wird von "Bebauungsplänen in der Haarenniederung" gesprochen und davon, daß sich dort der Ausbau der Universität vollziehen soll. Dies ist nicht richtig. Es gab niemals das Vorhaben, in für den Landschaftsschutz bisher ausgewiesenen Gebieten der Haarenniederung für die Universitätsentwicklung zu bauen, sondern immer nur auf als bebaubar von der Stadt in Aussicht gestellten Flächen.

2. Es wird behauptet, der Bauausschuß sei nur ungenügend über die Position

des Landes (zu Fragen der Bauleitplanung) informiert worden. Dies ist nicht richtig. Die Planungsabteilung hat auf der 5. Sitzung des Bauausschusses am 21.04.76 über einen Besprechungstermin zum Thema Bebauungsplanung beim Staatshochbauamt informiert. An dieser Sitzung hat auch der Bauausschußvorsitzende teilgenommen. Der Bauausschußvorsitzende selber hat am 19.05.76 dem Bauausschuß hierüber berichtet. Thema des Gesprächs war, die Forderungen an die Bauleitplanung für die Universitätsbauplanung durch das

Land koordiniert der Stadt Oldenburg mitzuteilen. Darüber hat die Planungsabteilung in sieben Senats- und Bauausschußsitzungen berichtet.

Die Behauptung, es läge die schriftlich fixierte Position des Landes nicht vor, ist nicht richtig, da die Stellungnahme des Landes inhaltlich deckungsgleich ist mit den alten Forderungen, die dem Bauausschuß bekannt sind. Dies wurde dem Bauausschuß am 27.10.76 mitgeteilt.

3. Wenn das Projekt "Haarenniederung" oder eine andere Gruppe der Universität Vorstellungen zur Bebauung der Uni-Standorte erarbeitet hat, so müssen diese der Uni-Öffentlichkeit derart bekanntgegeben werden, daß sie nicht als Privatmeinung einer Einzelperson aufgefaßt werden können.

## Skikurs

Vom 13.2.-27.2.76 veranstaltet das Zentrum für Freizeitsport in Söll/Österreich einen Skikurs für alle Hochschulangehörigen. Der Preis incl. Vollpension (ohne Fahrtkosten): 255,- DM. Anmeldung vom 29.11.-3.12.76 im Sporttrakt (Raum H 16). Erste Vorbesprechung: Mittwoch, 8.12.76, 19.15 Uhr, Sportseminarraum (H 6).

## Personalnotiz

PROFESSOR THOMAS HÖPNER, Biochemiker im Fachbereich IV, wurde von der UNESCO in der Zeit vom 28.11. bis 3.12.76 zu einer internationalen Expertenkonferenz in Melreux (Belgien) über biochemische Reaktionen in Sedimenten von Flußmündungen eingeladen. Ziel dieser Konferenz ist die Erarbeitung eines Fragen- und Problemerkatalogs als Hilfe für die Forschungscoordination auf dem Gebiet der Gewässerverunreinigung.

## Veranstaltungen und Termine

Vom 27. bis 28.11.76 findet im Konferenzzimmer (D 103) die 7. Weiterbildungstagung für Auslandslehrer der GEW in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Auslandsschulwesen (FO) statt. Als Referenten sind H.J. Fischer, D. Vogt, L. Kunst und H.E. Wittig eingeladen worden.

MONTAG, 29.11.76, 20 Uhr, AVZ 3-449. Geographisches Kolloquium mit Professor Kroß, Bochum, zum Thema "Über geographische Aspekte im Sachunterricht der Primarstufe". Veranstalter: Studienkommission Geographie.

MONTAG, 29.11.76, 20 Uhr, Ev. Studentengemeinde, Quellenweg 55a. Diskussionsveranstaltung mit Professor Arnulf Hopf zum Thema "Veränderung durch Erziehung?".

DIENSTAG, 30.11.76, 20 Uhr, Cäcilien Schule, Haarenufer. Reisebericht aus China von Professor S. Jannsen zum Thema "Landwirtschaft in China heute" (Lichtbildervortrag). Veranstalter: Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft e.V., Ortsverein Oldenburg.

Dienstag, 30.11.76, 20 Uhr, VG 001. Jahresmitgliederversammlung der GEW-Hochschulgruppe. Tagesordnungspunkte u.a.: Rechenschaftsberichte der Vorstandsmitglieder, Neuwahlen.

DONNERSTAG, 2.12.76, 20 Uhr, Aula. Theateraufführung mit der englischen Gruppe "English Teaching Theatre", die sich auf einer Tournee durch Dänemark, Schweden, Holland, Belgien, Spanien und die Bundesrepublik befindet. Unkostenbeitrag: 1,- DM.